

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

20.1.1927 (No. 16)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. K. M. e. n. d. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Elebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beiziehung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Regierungskrisis und Reichswehr

Die Situation war für Herrn Dr. Marx inforn etwas günstiger geworden, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich grundsätzlich mit einem Kabinett der Mitte einverstanden erklärt hatte. Endgültig wollte sich die Fraktion entscheiden, wenn die Zusammenetzung und das Programm des neuen Kabinetts feststehen. Dieser Beschluß der Sozialdemokratie war recht klug, weil er erstens staatspolitische Einsicht bekundete, und weil er zweitens der Deutschen Volkspartei das letzte Wort überließ. Alles kam jetzt darauf an, ob die Deutsche Volkspartei zur Bildung eines Minderheitskabinetts der Mitte bereit war und zusammen mit den übrigen Regierungsparteien jene Zugeständnisse machen wollte, welche es der Sozialdemokratie hätten ermöglichen können, das neue Kabinett parlamentarisch zu unterstützen. Diese Zugeständnisse sind nicht gemacht worden. Daß es sich hierbei vor allem um die Reichswehr bzw. um die Person des Reichswehrministers und um das Arbeitszeitgesetz handelte, ist bekannt.

Die Position des Reichswehrministers Gehler hat sich inzwischen durch seinen Konflikt mit der Demokratischen Partei noch ganz erheblich verschlechtert. Herr Gehler hat sich in aller Form hinter die unglückliche Veröffentlichung des Reichswehrgenerals Reinhardt gestellt und sie inhaltlich gedeckt. Mühte man schon erkaunt darüber sein, daß überhaupt ein aktiver Reichswehrgeneral in seinen Berichten an das Ministerium außer den rein militärischen Dingen auch politische Angelegenheiten behandelt, so mußte dieses Staunen noch größer werden, wenn man hörte, daß Herr Reinhardt von dem zuständigen Minister zur Veröffentlichung dieses politischen Teils seines Berichts extra ermutigt worden ist.

Denn die Auslassungen des Generals enthielten derartig schwere und ungerechtfertigte Angriffe gegen die Demokratische Partei und die republikanischen Parteien schlechthin, daß sich ein jeder die Folgen der Publikation ausmalen konnte. Zunächst einmal hat der Artikel des Herrn Reinhardt Wasser auf die Agitationsmühlen der Rechtsparteien geliefert, zum andern aber hat er, indem er die republikanischen Parteien und zumal die Demokratische Partei brüskierte, die Beziehungen zwischen Reichswehr und Republikanern, d. h. die Beziehungen zwischen der Reichswehr und der großen Mehrheit unseres Volkes von neuem getrübt. Mit alledem ist die Stellung des Reichswehrministers so gut wie unhaltbar geworden. Denn jetzt fordern nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Demokraten seinen Rücktritt. Und das Zentrum wird sich nach Lage der Dinge für Herrn Gehler sicherlich nicht einsetzen.

Was den Artikel des Generals Reinhardt anlangt, so ist ihm in einem Punkte durchaus zuzustimmen, nämlich, daß die Reichswehr bei ihrem Erlaß darauf Bedacht nehmen müsse, auch wirklich wehrfähige Leute zu erhalten. Das ist aber eine solche Selbstverständlichkeit, daß darüber erst gar nicht debattiert zu werden braucht. Gefährlich wird der Artikel des Generals Reinhardt aber schon mit dem nächsten Satze, in welchem behauptet wird, daß praktisch ein Erlaß wirklich wehrfähiger Leute besser aus den rechtsgerichteten Kreisen des Volkes zu holen sei, als aus den republikanischen Kreisen. Und noch gefährlicher wird der Artikel dort, wo er den Republikanern den Vorwurf macht, daß sie schlechthin für den Gedanken der Landesverteidigung wenig übrig hätten.

Die Tatsache selbst, daß der Reichswehrrats in den letzten Jahren aus rechtsgerichteten Kreisen entnommen wurde, steht fest. Aber es ist doch wirklich ein kühnes Unterfangen, die Schuld daran nunmehr den Republikanern zuzuschreiben. Von vornherein war nun einmal die Reichswehr in den Augen der republikanischen Massen des Volkes abgestempelt als eine reaktionäre Institution. Zweifellos war diese Auffassung in ihrer Verallgemeinerung nicht richtig. Und sie hätte nach und nach aus dem Wege geschafft werden können, wenn der im Herbst 1920 zum Reichswehrminister ernannte Herr Gehler sein Programm wahr gemacht hätte, welches damals in der Versicherung gipfelte, „die Reichswehr auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen“ und „dafür zu sorgen, daß der Erlaß in erster Linie aus den Kreisen genommen wird, die für Republik und Demokratie eingetretten sind.“

Gerade unter Herrn Gehler aber ist dieses schöne Programm in sein Gegenteil verkehrt worden. Diese Tat-

sache wurde in den letzten Jahren allgemein bekannt. Und sie ist zusammen mit verschiedenen anderen, peinlichen Zwischenfällen aus dem Bereich der Reichswehr schuld daran, daß die republikanisch gesinnten Elemente des Volkes nicht nur der Reichswehr gefühlsmäßig kritisch gegenüberstehen, sondern sich auch scheuen, in ihren Dienst zu treten. Im übrigen vergesse man nicht, daß naturgemäß in den Kreisen der schaffenden Bevölkerung weniger Volksgenossen zu finden sind, die für das militärische Handwerk schwärmen, als in jenen rechtsgerichteten Kreisen, in denen traditionsgemäß das militärische Handwerk als das einzige eines Menschen überhaupt würdige Handwerk betrachtet wird. Aber bei einem Heer von der Größe des unsrigen, braucht dieses Moment nicht abzuschrecken. Daß im deutschen Volke 100 000 junge, wehrfähige Republikaner, die allen militärischen Anforderungen genügen, aufzutreiben wären, unterliegt doch wohl kaum einem Zweifel.

Dieser Tage hat Herr Stresemann in seiner Eigenschaft als Führer der Deutschen Volkspartei betont, die Reichswehr werde um so vollstümlicher sein, je mehr sie alle Teile des deutschen Volkes umfaßt. Nun, da die Reichswehr bisher in der Hauptsache nur die rechtsgerichteten Kreise umfaßte, wird es eben notwendig, daß man hier endlich Wandel schafft. Ferner aber wird man vernünftigerweise doch wohl nur solche Volksteile in der deutschen republikanischen Reichswehr vertreten sehen wollen, die auch wirklich auf dem Boden der Republik stehen oder sich zum mindesten von reaktionären, anti-republikanischen Ideen freigehalten haben.

Unter allen Umständen wird nun einmal die Reichswehrrreform durchgeführt werden müssen. Und auch die Demokratische Partei hat solches gestern wieder ausdrücklich in einem Beschluß gefordert. Das Zentrum ist bekanntlich gleichfalls zu einer vernünftigen Reform bereit. Ein Faktor der Unsicherheit ist lediglich auch in dieser Frage die Deutsche Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei hat ihrerseits gestern einen Beschluß gefaßt, der zwar prinzipiell alle Türen offen ließ, daneben aber wieder jene innersten Wünsche der Partei verriet; d. h. jene Wünsche, welche auf eine Vereinnahmung der deutschnationalen in die Regierung abzielen. Mit deutschnationalen Ministern wird aber die dringend notwendige Reform der Reichswehr nicht zustandegebracht werden.

Deutscher Reichstag

20. Jan. Berlin, 19. Jan.

Präsident Eise eröffnet die erste Sitzung im neuen Jahre mit einem Nachruf auf den verstorbenen sozialdemokratischen Abg. Zubeil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Abg. Süder (K.) folgenden Antrag: „Der Reichstag fordert seine Auflösung; die Reichsregierung wird beauftragt, die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Auflösung und Neuwahl dem Reichspräsidenten vorzuschlagen.“

Abg. Reich (D.D.P.) erklärte dazu, daß nach dem Vorschlag des Altpräsidenten der kommunistische Antrag auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt werden soll.

Nach kleinen Vorlagen kommt der Gesekentwurf über die Reichswohnungszählung im Jahre 1927 und über Feststellung der Zahl der Wohnungsuchenden zur Beratung.

Es liegt ein Antrag auf Überweisung der Vorlage an den Wohnungsausschuß vor.

Abg. Dr. Feid (D.D.P.) übt Kritik an der jetzigen staatlichen Wohnungswirtschaft. Bei der Wohnungszählung müsse auch festgestellt werden, wie viele Wohnungen von Ostjuden belegt seien.

Die Vorlage geht an den Wohnungsausschuß.

Es folgt die erste Beratung des Gesekentwurfes über die Zulassung zum Gebarmenberuf.

Darnach sollen die Länder berechtigt sein, die Niederlassungsfreiheit für Gebarmen einzuschränken.

Abg. Frau Trendelenburg (K.) bekämpft die Vorlage. Das preußische Gebarmengesek, dem die Reichsregierung mit ihrer Vorlage die rechtsrechtliche Autorität verschaffen wolle, habe sich nicht bewährt.

Auf Antrag des Abgeordneten Effer (Ztr.) wird die Vorlage dem sozialpolitischen Ausschuß überwiefen.

Um 3 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesekes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die Vorlage über Gerichtsfofoten und Rechtsanwaltsgebühren. Die Beratung des kommunistischen Antrags auf Reichstagsauflösung wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Internationale Journalistenkonferenz in Lodon. Im Juli wird in Lodon eine internationale Journalistenkonferenz abgehalten, an der sich 24 Länder beteiligen werden.

Die Regierungsbildung im Reich

Eine Regierung auf der Basis der Mitte nicht mehr möglich

Die Besprechungen, welche der geschäftsführende Reichskanzler Dr. Marx am Mittwoch mit den Fraktionsvorsitzenden hatte, konnten kein abschließendes Ergebnis haben, da sich die Bekanntgabe der verschiedenen Fraktionsbeschlüsse bis in die Abendstunden hingezogen hat. Heute mußte der Reichskanzler dem Reichspräsidenten erklären, daß er die Bildung einer Regierung der Mitte nicht mehr für möglich halte. Drastisch wird gemeldet:

20. Jan. Berlin, 20. Jan. (Tel.) Reichskanzler Dr. Marx hat heute Mittag auf Grund der Erklärungen, die ihm die Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, gab, dem Reichspräsidenten von Hindenburg mitgeteilt, daß er ein Kabinett auf der Basis der Mitte nicht mehr für möglich halte. Damit ist die Mission von Dr. Marx zunächst erledigt. Reichspräsident von Hindenburg hat sich seine weiteren Entscheidungen vorbehalten.

Ein Beschluß der Deutschen Volkspartei

Aber die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei am Mittwoch wurde mitgeteilt: „Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm in ihrer heutigen Sitzung die Berichte der Abg. Dr. Scholz und Dr. Curtius über den bisherigen Gang der Regierungsverhandlungen entgegen. Die Fraktion sprach dem Abg. Curtius den Dank für seine Führung der Verhandlungen aus und erklärte sich einmütig mit der Art seiner aussichtsreich geführten Verhandlungen einverstanden. Die Fraktion stellte fest, daß infolge des Abbruchs dieser Verhandlungen durch die Zentrumsfraktion die Frage nicht endgültig geklärt ist, ob die sachlichen Voraussetzungen für ein Zusammenwirken mit der deutschnationalen Fraktion auf innen- und außenpolitischen Gebiet gegeben sind. Die Fraktion vertraute ihren Vorstehenden mit der Weiterführung der Verhandlungen und wird diese auf der Grundlage ihrer bisherigen Beschlüsse führen.“

Die „Tägl. Rundsch.“ schreibt: In der Mitteilung kommt ganz klar zum Ausdruck, daß die Fraktion die Verhandlungen zur Herbeiführung einer gesamtbürgerlichen Koalition auch jetzt noch für aussichtsreich hält und eine endgültige Klärung dieser Möglichkeit wünscht. Die Fraktion hält den Übergang zu Verhandlungen mit den Deutschnationalen für den einzig möglichen Weg. Die „Germania“ schreibt, man nehme an, daß Dr. Marx in der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei keine Absage erteilt. Von einer Rückgabe des Auftrages an den Reichspräsidenten sei daher zur Zeit keine Rede.

Die Deutsche Demokratische Partei und Dr. Gehler

Die demokratische Fraktion hat am Mittwoch abend, veranlaßt durch die Auseinandersetzung über den Brief des Generals Reinhardt, ihr Verhältnis zum Reichswehrminister Dr. Gehler erörtert und einen Beschluß gefaßt, der eine Klärung herbeiführen soll. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion, die sich durch alle berufenen Vertreter stets für die Reichswehr eingesetzt und deren Entpolitisierung als Voraussetzung der Wehrhaftigkeit der Nation gefordert hat, mißbilligt es auf das schärfste, daß ein General in die Politik eingreift und hierbei verletzende und durch Tatsachen widerlegte Angriffe gegen die Deutsche Demokratische Partei erhebt. Sie erachtet ihren Vorstand, die nötigen Schritte gegen die Wiederholung eines solchen Vorganges und für die Befestigung der Mißstände, die ihm zugrunde liegen zu tun, weil nur dann die Reichswehr die Sache des gesamten Volkes werden kann.“

Die demokratische Reichstagsfraktion hat demnach, wie demokratische Blätter dazu ausführen, davon abgesehen, ihre Entschlieung in der Form eines persönlichen Vorstoßes gegen Dr. Gehler zu stellen, und zwar ist das deshalb unterblieben, weil man in der Fraktion der Ansicht war, daß es nunmehr Sache des Reichskanzlers Marx ist, Vorschläge über die Zusammenetzung des neuen Kabinetts zu machen und dabei die Lage, wie sie sich durch den Artikel des Generals Reinhardt und das Verhalten Dr. Gehlers entwickelt hat, zu berücksichtigen. Daß das Verhalten Gehlers nicht ohne Rückwirkung auf die Regierungsbildung bleiben kann, darüber gingen die Meinungen in der demokratischen Fraktion nicht auseinander.

Der Beschluß der Sozialdemokraten

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie gemeldet, am Mittwoch erklärt, keine grundsätzlichen Bedenken zu haben, eine Regierung der Mitte zu unterstützen. Die endgültige Entscheidung der Fraktion könne aber erst erfolgen, wenn das Programm und die Zusammenetzung der Regierung bekannt sei.

Dazu richtet der „Vorwärts“ folgenden Appell an die Zentrumspartei: „Das Zentrum kann sich dem Druck der Volkspartei dadurch entziehen, daß Herr Marx seine Ministerliste aus sein Programm aufstellt und beide so einrichtet, daß der Sozialdemokratie die Unterstützung nicht unmöglich gemacht wird. Scheitert dann die Regierungsbildung an der Volkspartei und hält das Zentrum an seinem Widerstand gegen eine Rechtsregierung fest, dann bleibt tatsächlich nur noch eines übrig; nämlich das Volk selbst entscheiden zu lassen, ob es den Deutschnationalen oder den Sozialdemokraten mitbestimmenden Einfluß in der Reichsregierung gewähren will.“

Der deutsche Botschafter in Tokio, Dr. Solz, ist Mittwoch abend von Berlin abgereist, um über Russland nach Japan zurückzukehren, wo er die deutsche Republik und den Reichspräsidenten persönlich bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Kaiser von Japan vertreten wird.

Die Gründe, welche die Badische Regierung zu ihrer Stellungnahme veranlaßt haben, sind in den schon vorgelesenen Ausführungen enthalten. Sie sind in keiner Weise etwa der Ausfluß irgend einer Geringschätzung der historischen Vergangenheit. Ich habe erst vor kurzem in größter Öffentlichkeit aufgeföhrt zur Ehrfurcht vor der politischen und kulturellen Vergangenheit unseres Volkes, weil ich diese Ehrfurcht vor dem wertvollen Vergangenen als eine wichtige Voraussetzung betrachte für den erfolgreichen Aufbau des Neuen. Daß Friedrich II. zu den bedeutendsten Staatsmännern des 18. Jahrhunderts gehört, daß er ein Förderer und Mehrer des preußischen Staates war, wird von niemandem bestritten. Es schien mir auch klein, hier mit irgend welchen Vorwürfen einzusetzen. Aber es will mir nicht in den Sinn, daß ausgerechnet in einem noch jungen republikanischen Staatswesen eine der meistgebrauchten Briefmarken mit dem Bildnis eines Monarchen der gerade eben ausgeschiedenen Monarchie und eines Mannes versehen werden soll, dessen Tätigkeit zu Gunsten des deutschen Volkes recht umstrittener Art ist, sowohl in seinem Gesamtverhalten — wie sagt doch der Berliner Historiker Erich Marcks: „König Friedrich hat seine Arbeit als Preuze geleistet und für Preußen. Daß damals sein Streben Deutschland gegolten hätte, ist nicht richtig“ — wie in den in seinem Testament niedergelegten recht eigenartigen Grundfäden, insbesondere auch hinsichtlich des Verhaltens zu Frankreich und des Besitzes von Elsaß-Lothringen.

Hier in dem Land, in dem man auch in der Zeit größten nationalen Unglücks alle offenen und verborgenen Anregungen und Lockungen zur Untreue an Deutschland entschlossen abgewiesen hat, hier, wo die Treue zum Reiche, so wie es ist, kein leerer Wahn und kein billiges Wort lediglich zu begehrten Festreden ist, hier hat man ein Recht, von Deutschland und deutschem Wesen zu reden. Und wir machen von diesem Rechte Gebrauch, wenn wir sagen: Die deutsche Republik war schlecht beraten, als sie aus dem „Zeitalter der deutschen Klassik“ den Preußenkönig Friedrich dem deutschen Volke als Repräsentant vorstellte. Wenn die auf dem Boden des monarchischen Staatsgedankens stehenden Parteien dies verlangen und verteidigen, so finde ich das schieflich verständlich und begreiflich. Für sie ist, wie eine ihrer Zeitungen neulich schrieb, Fredericus „ein Protest gegen die jetzigen Verhältnisse“. Für uns aber ist er nicht der Ausdruck der Geminnung des deutschen Volkes. Wir halten deshalb das Vorgehen des Reichspostministeriums für verkehrt und mit der Würde der Republik nicht zu vereinbaren. Deshalb haben wir das Markenbild abgelehnt.

Bedingt der Vollständigkeit halber sei noch angeführt, daß im Anschluß an die Ausführungen des badischen Regierungsvertreters im Verwaltungsrat ein anderes badisches Mitglied des Verwaltungsrats, nämlich der Vertreter der Wirtschaft, ein Herr aus Forzheim, geglaubt hat, seine gegensätzliche Auffassung zum Ausdruck bringen zu sollen mit dem recht eigenartigen Bemerkung, daß die Darlegungen des Regierungsvertreters nur die Meinung des Finanzministers wiedergäben, der ein Parteiminister sei, während das Land und die Wirtschaft anders dächten. Ich habe nicht die Absicht, gegen den Herrn, der f. Zt. mit Unterstützung der Badischen Regierung in den Verwaltungsrat gekommen ist, irgendwie zu polemisieren und insbesondere sein Recht zu untersuchen, als Vertreter des Badischen Landes zu sprechen im Gegensatz zum Regierungsvertreter und zum Badischen Finanzminister. Ich könnte ihm mit einem sehr zutreffenden Ausdruck des von ihm geschätzten Preußenkönigs quittieren; ich sehe davon ab und möchte nur sagen, es gibt eben Eigenschaften, deren

Mangel sich auch nicht durch den größten Besitz verdecken läßt. Im übrigen bin ich überzeugt, daß die große Mehrheit des Badischen Landtags und des Badischen Volkes mit den im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost vom Regierungsvertreter gemachten Ausführungen einverstanden ist.

Abg. Seubert gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, worin die Stellungnahme der badischen Regierung gebilligt wird. Das Zentrum sei mit dem Staatspräsidenten der Meinung, daß der Preußenkönig Friedrich II. auf Grund seiner die deutsche Einheit schädigenden Politik als Repräsentant des deutschen nationalen Gedankens, deutschen Geistes und deutscher Kulturarbeit ungeeignet ist. Diese Auffassung unterstützt der Redner durch Zitierung eigener Aussprüche Friedrichs II.

Abg. Reinbold erklärt für die sozialdemokratische Fraktion, daß sie die Haltung der Regierung billige. Es würde für eine Republik lächerlich, wenn auf ihre Hoheitszeichen das Bild eines Monarchen gesetzt wird. Die Fraktion spricht das Bedauern aus, daß die Reichspostverwaltung das Gefühl für die Würde der Republik bei der Auswahl der Briefmarkenbildnisse in so hohem Maße vermissen ließ.

Da noch mehrere Redner vorgemerkt sind, wird die Sitzung um 1/2 Uhr auf nachm. 1/4 Uhr vertagt.

Achtung, Versuchballons!

Vom 18. bis 22. Januar und vom 15. bis 19. Februar d. J. steigen an zahlreichen Orten Europas, auch in Deutschland, zu wissenschaftlichen Zwecken unbemannte Versuchsballoons auf. Die Fänder werden gebeten, das an den Ballons befindliche, empfindliche Selbstschreibegerät sorgsam zu behandeln und genau nach der beigefügten Anordnung zu verfahren. Es sei betont, daß im Interesse der Gegenseitigkeit ausländische Ballone ebenso sorgfältig zu behandeln sind, wie inländische. In der Regel zählt die zuständige meteorologische Station dem Fänder eine angemessene Belohnung. Die Ballons sind mit leicht brennbarem Wasserstoff gefüllt, daher ist Vorsicht geboten.

Badischer Landesverein für Naturkunde und Naturschutz

Auch in diesem Winterhalbjahr veranstaltet der Badische Landesverein für Naturkunde und Naturschutz in Freiburg eine gemeinverständliche öffentliche Vortragsreihe. Es werden „Aus Natur und Technik“ 8 Vorträge gehalten und zwar jeweils abends 8.15 Uhr im Hörsaal 23 (Dritter Stock, Nordflügel) der neuen Universität.

Am Freitag, den 21. Januar spricht Direktor Dr. Müller über „Pflanzenwelt des Schwarzwaldes“; am 28. Januar Direktor Dr. Schnarrenberger über „Moderne Wasserkräfte“; am 4. Februar Privatdozent Dr. Schreyer über „Das deutsche Bauernhaus“; am 11. Februar Professor Leis über „Die Kunst der Vorzeit“; am 18. Februar Rittmeister a. D. Wehl über „Vom Waldbaum zum Blatt Papier“; am 25. Februar Dr. Scheffel über „Fische und Fischerei im Bodensee“; am 4. März Professor Wüst über „Die Bildtelegraphie und das Fernsehen“; am 11. März Dr. Josef Schmid über „Das Deutsche Museum in München“.

Von der Bürstenindustrie

Wie die „Freib. Ztg.“ berichtet, hat der Unterverband Südwestdeutschland des Reichsverbandes Deutscher Bürstenfabriken e. B. den am 15. Februar 1925 für Südwestdeutsch-

land abgeschlossenen Mantelstarifvertrag auf den 31. März 1927 gekündigt. Arbeitgebersseits strebt man die Befestigung der aus der Inflationszeit stammenden Urlaubsbestimmungen an. Des weiteren ist beabsichtigt, den jetzigen für die Länder Baden, Württemberg, Pfalz und Hohenzollern gültigen Vertrag auf Bayern und Hessen auszudehnen. Die Verhandlungen finden voraussichtlich im Laufe des Monats Februar statt.

Aus der Landeshauptstadt

Bei der Stromunterbrechung, die durch den gemeldeten Unfall in der Schallstation Scheibhardt hervorgerufen wurde, ist, wie uns vom Badenerwerk mitgeteilt wird, die Stadt Forzheim nicht in Mitleidenschaft gezogen worden.

Ein Unfug. Der bedauerliche Unfug, Ramen in und an Gärten, Ausfluchtanlagen, Sitzbänken usw. einzuführen, nimmt immer mehr überhand. Nachdem die fortgesetzten Mahnungen des Bad. Schwarzwaldbereichs und der Bergwacht leider nur wenig Erfolg zeigten, hat sich der Verein entschlossen, gegen die gedankenlosen oder mutwilligen Täter strafrechtlich vorzugehen. Die Staatsanwaltschaft, die ihre tatkräftige Mithilfe im Kampfe gegen diese Unfälle zugesagt hat, bereits empfindliche Geldstrafen ausgesprochen, und zwar wurden über neun Personen Strafen von 5—30 M. verhängt. An Stelle der Geldstrafen tritt im Unbeibringlichkeitsfalle eine Gefängnisstrafe von je einem Tag für je 5 M. in Kraft. Ein große Zahl von Angelegenheiten werden gegenwärtig noch behandelt. Die Bergwacht ist angewiesen, auf den Unfug des Rameneintragens ihr Hauptaugenmerk zu richten und jeden Täter rücksichtslos zur Anzeige zu bringen.

Kuban-Kosaken-Chor. Das einzige diesjährige Auftreten eines Kosaken-Chors kommenden Freitag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Eintrachtssaal dürfte das musikalische Ereignis dieses Konzertwinters bieten. Der aus 32 Personen bestehende Chor, unter Leitung seines Dirigenten Semjon Ignatieff wird überall mit Jubel aufgenommen. Die Presse rühmt einstimmig die große Musikalität des Chores, die phänomenale Tiefe der Bässe und die hervorragenden Tenöre, ferner eine Vereinigung hervorragender Stimmen, die einer Orgel gleich, den Raum erfüllen. Sie zu hören, ist ein Erlebnis, das jeden Künstler wie Laien, mit gleicher Unmittelbarkeit betrifft. Da die Nachfrage nach Eintrittskarten für Freitag auch bei uns außerordentlich stark ist, empfiehlt es sich im Vorverkauf Plätze zu sichern, die bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, erhältlich sind.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	20. Januar		19. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.47	168.89	168.43	168.85
Kopenhagen 100 Kr.	112.27	112.55	112.21	112.49
Italien 100 L.	18.27	18.31	18.25	18.29
London 1 Pf.	20.442	20.494	20.439	20.491
Newyork 1 D.	4.212	4.222	4.211	4.221
Paris 100 Fr.	16.73	16.77	16.725	16.765
Schweiz 100 Fr.	81.145	81.345	81.10	81.30
Wien 100 Schilling	59.375	59.515	59.365	59.405
Brag 100 Kr.	12.472	12.512	12.468	12.508

Café u. Conditorei „Museum“

Eröffnung: Freitag, 21. Januar, 3 Uhr nachm.

Eintracht
Freitag, 21. Januar, 8 Uhr
Einziges Gast-Konzert
Kuban - Kosaken - Chor
(32 Sänger)
Dirigent: Semjon Ignatieff
Der große Erfolg der Saison!
Begeisterte Aufnahme bei Publikum und Presse!
Überall lange vorher ausverkauft! 97
Programm: Geistliche Gesänge, ernste und heitere russische Volks- u. Kosakenlieder. „Kosakentänze“
Karten zu M. 1.50, 2.—, 2.50, 3.— und 4.— bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

COLOSSEUM
Heute abend 8 Uhr
Sonntag 4 und 8 Uhr
Die Tugendprinzessin
Variete-Operette in 3 Akten 51
mit Einlagen und zwei Balletts

Achtung!
Weiß- u. Tapez. mit Tapeten
pro Zimmer 30 Mk
Offerten unter Nr. G 95
an die Exp. d. Karlsr. Ztg.

Freihandverkauf
des Bad. Forstamts Philippsburg aus Domänenwäldungen Ruffheimer u. Philippsburger Altrhein:
77 Fm. Kanabische Pappeln;
45 Fm. Weiden;
22 Fm. Schwarzpappeln.
Stämme I.—IV. Kl. in
auf 5 Losen.
Losverzeichnis auf Anforderung unentgeltlich
durch das Forstamt Philippsburg. Schriftliche Angebote wollen nach Losen getrennt auf 1 Fm. in Prozenten der Landesgrundpreise bis spätestens Montag, den 31. Januar 1927, an das Forstamt Philippsburg eingereicht werden. 3.621

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt

Ihre Zeitschriften neu zu abonnieren

Denken Sie dabei für Gattin und Kind wie auch für Ihren eigenen Bedarf, je nachdem an:

- Neue Frauenkleidung und Frauenkultur. Zeitschrift für persönliche künstlerische Kleidung, Körperkultur und Kunsthandwerk. 23. Jahrgang 1927. Illustriert. Erscheint monatlich. Einzelheft M. 1.20, Halbjahr M. 6.—.
- Gymnastik. Monatszeitschrift und Mitteilungsblatt des deutschen Gymnastik-Bundes E. V. Einzelheft M. 0.60, Halbjahr M. 3.—. Erscheint vorerst in Doppelheften zweimonatlich.
- Badische Rechtspraxis. Annalen der Badischen Gerichte. 93. Jahrgang 1927. Herausgegeben von Landgerichtsdirektor Dr. R. Lutz und Rechtsanwalt Dr. R. Strauß. Erscheint monatlich. Einzelheft M. 1.20, Halbjahr M. 6.—.
- Betriebsführung. Mitteilungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk, E. V. in Karlsruhe. Erscheint monatlich. Einzelheft M. 0.80, Halbjahr M. 4.—.
- Ethos. Vierteljahrsschrift für Soziologie, Geschichts- und Kulturphilosophie. 4 Hefte. Einzelheft M. 5.50, Halbjahr M. 9.—.
- Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Herausgegeben von der Badischen Historischen Kommission. Jeder Jahrgang erscheint in 4 Heften. Einzelheft M. 4.—, Komplet M. 16.—.

Diese Zeitschriften unterscheiden sich von dem Gros der Unterhaltungsblätter und populären Fachzeitschriften durch ihren wirklich ernsthaften Charakter bei hohem Bildungswert

Probennummern kostenlos

Verlag G. Braun, Karlsruhe

3.618. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Alfred Just, Säde- und Deckenfabrik in Karlsruhe, soll mit Genehmigung des Badischen Amtsgerichts A 7, Karlsruhe, die Schlussverteilung stattfinden. Zu berücksichtigten sind Mark 5018.85 bevorrechtigte Forderungen u. M. 155 927.88 nichtbevorrechtigte Forderungen. Die verfügbare Masse beträgt M. 9150.93. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des Badischen Amtsgerichts A 7 Karlsruhe zur Einsicht aus. Karlsruhe, 19. 1. 1927.
Konkursverwalter:
M a r z

3.620. Billingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Friedrich Wilhelm Gerber in Billingen ist zur Abnahme der Schlussrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis, Schlusstermin bestimmt auf Dienstag, den 8. Februar 1927, nachm. 3 Uhr, im Amtsgerichts-Gebäude, Zimmer Nr. 9.
Billingen, 15. 1. 1927.
Bad. Amtsgericht I.

Badisches Landestheater
Freitag, den 21. Jan. 1927
*F 14 (Freitagmiete)
Tsh.-Sem. 2 S.-Gr.
Lurandot
von Giacomo Puccini
Musikal. Leitung: J. Krips
In Szene gef. von D. Krauß
Lurandot Franz
Aloum Rennie
Timur Vogel
Kalaf Rentwig
Lid Blank
Bing Köfer
Bang Siegfried
Bong Kainbach
Randalin Weyrauch
Pring von Persien Heuser
Anfang 8 Ende geg. 10^{1/2}
I. Sperrst. Mk. 7.—
Sa. 22. Jan. Die Ver-
schwörung des Fiesco zu Genua
So. 23. Jan. nachmittags
Der Evangelimann
abends: Die Pappense —
Klein Joad Blumen
Sonzerth. Nur kein Standa!

Resi- denz
Lichtspiele
Waldstraße 78
Ben Hur

Les Bücher
Wissen ist Macht!